



Stockhofe aus Berlin

Liebe Leserinnen und Leser!

Der Wahlsieg am letzten Wochenende ist ein guter Auftakt für uns ins Wahljahr. Wir beglückwünschen die CDU im Saarland mit Annegret Kramp-Karrenbauer an der Spitze zu ihrem eindrucksvollen Ergebnis. Das Wahlergebnis ist nicht nur Beleg für eine gute Ministerpräsidentin, sondern es zeigt, dass die meisten Bürger einer stabilen, sicheren Regierung eher zutrauen, die Zukunft gut zu gestalten als einem rot-roten Experiment.

Die SPD muss nun erklären, wie sie es mit der Linkspartei im Bund hält, die die Nato auflösen und die russische Aggression gegen die Ukraine einfach hinnehmen will. Leitfiguren der Linken wie Sarah Wagenknecht lassen keine Zweifel daran, dass sie ein anderes Deutschland wollen: Ohne solide Haushaltsführung, ohne innere Sicherheit, Bleiberecht für alle statt Ausweisung krimineller Zuwanderer. Wir als Union haben eine klare Position: Wir koalieren weder mit den Populisten von links noch von rechts. Von dieser Klarheit ist die SPD weit entfernt.

Eines belegt das Ergebnis im Saarland auch: Die Prognosen werden schwieriger, denn kaum einer von uns hätte ein solches Ergebnis erwartet. Dies liegt sicher daran, dass drei von vier Meinungsforschungsinstituten ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU und SPD prognostizierten. Das zeigt uns allen, aber gerade den Wahlkämpfern in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, dass wir uns von Umfragen nicht zu stark beeinflussen lassen, sondern mit Zuversicht und innerer Haltung für unsere Positionen werben sollten.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Rita Stockhofe

Wir arbeiten weiter für Deutschland

Es sind von nun an noch rund sechs Monate bis zur Bundestagswahl, das ist ein langer Zeitraum. Daher haben die Spitzen der Koalition in dieser Woche im Koalitionsausschuss geklärt, welche Vorhaben wir noch in den kommenden Monaten umsetzen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Es gibt Themen, die kein Abwarten dulden: Wir müssen dringend etwas gegen den wiederholten Sozialbetrug im Asylsystem tun. Wer unter mehreren Identitäten sich Geldleistungen erschleicht, verwirkt unsere Gastfreundschaft und muss unser Land wieder verlassen. Hier drängen wir auf eine klare Regelung im Ausländer- und Asylrecht. Wieso wiederholter Diebstahl zu leichterem Abschiebung führen soll, wiederholter Sozialbetrug aber nicht, kann man den Bürgern im Land nicht erklären. Zudem müssen wir Einbrecher härter bestrafen: Wenn Täter in Wohnungen einbrechen, hat das oft traumatische Folgen für die Opfer. Dieser Eingriff in die Privatsphäre ist kein Kavaliersdelikt. Wir wollen, dass Wohnungseinbrecher mindestens eine einjährige Freiheitsstrafe erhalten. Die SPD muss jetzt klar sagen, ob sie die Bürger oder die Einbrecher schützen will.

Gesetz zur Ergänzung des Finanzdienstleistungsaufsichtsrechts im Bereich der Maßnahmen bei Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems und zur Änderung der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie (Finanzaufsichtsrechtsergänzungsgesetz)

In zweiter und dritter Lesung haben wir Ergänzungen zur Stärkung der Finanzmarktstabilität verabschiedet und schaffen mehr Rechtssicherheit bei den Wohnimmobilienkreditrichtlinien. Zum einen soll die Bankenaufsicht mit zusätzlichen Instrumenten ausgestattet werden, um Spekulationen an Immobilienmärkten bei der Vergabe von Wohnimmobiliendarlehen zu bekämpfen. Zum anderen vereinheitlichen wir bei Wohnimmobilienkrediten die Vorschriften zur Kreditwürdigkeitsprüfung. Damit begegnen wir Unsicherheiten der Banken bei der Vergabe von Darlehen, die in jüngster Zeit zum Nachteil, insbesondere von jungen Familien und von Senioren, ausgefallen sind.

Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

Der technische Fortschritt im Automobilbau wird in absehbarer Zeit den Einsatz immer weiter automatisierter Systeme in Fahrzeugen möglich machen. Automatisiert bedeutet, dass der Fahrer jederzeit in der Lage sein muss, die volle Kontrolle über das Fahrzeug zu übernehmen. In zweiter und dritter Lesung haben wir ein Gesetz zur grundlegenden Regelung des Zusammenwirkens zwischen Fahrer und einem Kfz mit automatisierten Fahrfunktionen beschlossen. Wir schaffen damit die gesetzliche Grundlage dafür, dass die Innovation bei Autos weiter vorangehen kann. Ferner leisten wir einen Beitrag zur Sicherung der wirtschaftlichen Vorreiterrolle Deutschlands in diesem Bereich der Automobilindustrie.

Für gute Bildung in Europa – Erfolgreiches Programm ERASMUS+ weiterentwickeln

Nichts stärkt die europäische Identität mehr als Begegnung und gelebtes Miteinander über Ländergrenzen hinweg. Mit einem Budget in Höhe von insgesamt rund 14,8 Mrd. Euro sollen durch das transeuropäische Bildungsprogramm ERASMUS+ bis 2020 mehr als vier Millionen Menschen, darunter Schüler, Studierende, Auszubildende, Lehrkräfte und junge Freiwillige, von interkulturellem Austausch profitieren. Vor dem Hintergrund der anstehenden Zwischenevaluierung des laufenden Programms und der Überlegungen für die inhaltliche Ausgestaltung der nächsten Programmgeneration fordern wir die Bundesregierung auf, sich in den Verhandlungen auf europäischer Ebene unter anderem für eine

ausgewogene Förderung der verschiedenen Bildungsbereiche, eine stärkere Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Bildungssektoren und eine Verkürzung von Verwaltungsprozessen einzusetzen.

Reallöhne in Deutschland verzeichnen starken Anstieg

Wie das endgültige Ergebnis der vierteljährlichen Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes belegt, ist der Reallohnindex im Jahr 2016 das dritte Mal in Folge stark gestiegen. Während der Reallohnindex um 1,8 Prozent zunahm, stiegen der Verbraucherindex im selben Zeitraum um 0,5 Prozent und der nominale Verdienst um 2,3 Prozent. Zudem setzt sich mit dieser positiven Entwicklung ein Trend fort, von dem vor allem Beschäftigte mit eher unterdurchschnittlichen Verdiensten überdurchschnittlich profitieren können. Hohe nominale Zuwächse des monatlichen Bruttoverdienstes können hierbei vor allem ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Steigerung von 3,1 Prozent, geringfügig Beschäftigte mit 3,6 Prozent, Teilzeitbeschäftigte mit 2,8 Prozent und Vollzeitbeschäftigte mit 2,2 Prozent verzeichnen. Den größten Branchenzuwachs von 3,5 Prozent nominalem Lohnanstieg wies das Gastgewerbe als Branche mit den geringsten Bruttoverdiensten aus.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Meine Termine vor Ort

31.03.2017, 18.00 Uhr	Verleihung Grimme-Preis, Marl
01.04.2017, 10.00 Uhr	CDU Landesparteitag, Münster
02.04.2017, 13.00 Uhr	Dattelner Frühling
02.04.2017, 14.00 Uhr	Marl zeigt Flagge für Europa
03.04.2017, 14.30 Uhr	CDU Marl mit Jens Spahn
04.04.2017, 19.00 Uhr	Jahreshauptversammlung Kreis Frauen Union
07.04.2017, 16.00 Uhr	Bürgersprechstunde in Haltern
07.04.2017, 19.00 Uhr	Festveranstaltung bei Bauer Südfeld, Herten
08.04.2017, 10.00 Uhr	Pflanzentauschbörse in Haltern Flaesheim
10.04.2017, 18.30 Uhr	Bezirksvorstand Frauen Union Ruhr
18.04.2017, 15.00 Uhr	Alten- und Rentengemeinschaft St. Marien, Oer-Erkenschwick
21.04.2017, 10.00 Uhr	Bürgersprechstunde Oer-Erkenschwick